



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 139 • Die Woche im Bundestag • 28.06.2013

Gemeinsam erfolgreich für Deutschland

Am vergangenen Sonntag haben CDU und CSU auf einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parteivorstände ihr Regierungsprogramm für die Jahre 2013 bis 2017 beschlossen – einstimmig.

Das gemeinsame Programm ist auf der Grundlage eines breiten Diskussionsprozesses entstanden. Alle Menschen in Deutschland waren eingeladen, das beizutragen, was ihnen am Herzen liegt. Im Anschluss daran wurden die Thesen in der Partei, auf Kongressen und in Werkstattgesprächen intensiv erörtert. Das Ergebnis kann sich wahrlich sehen lassen. Es kann und soll die Menschen vom Politikangebot der beiden Volksparteien der Mitte überzeugen und mobilisieren.

Hinzu kommt: Die Bilanz unserer Regierung ist beachtlich und lässt sich an klaren Daten und Fakten ablesen. Der schönste Erfolg ist, dass wir so viele Menschen zusätzlich in Lohn und Brot bringen konnten. Davon profitieren wir alle, denn Rekordbeschäftigung hat Rekordeinnahmen bei Staat und Sozialversicherungen zur Folge. Mit Steuererhöhungen hätten wir genau das Gegenteil erreicht. Das verstehen unsere Konkurrenten links der Mitte nie.

Unser Programm stellt neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europa an den Anfang. Denn wir wissen, dass es Deutschland als führender Industrie- und Exportnation auf Dauer nur gut gehen kann, wenn es auch Europa gut geht.

Wir sind davon überzeugt, dass das geeinte Europa für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand unverzichtbar ist – und dass unser Kontinent, der unser Schicksal ist, ohne eine gemeinsame Stimme, ohne eine gemeinsame Währung keine gute Zukunft mehr haben wird.

Daher wollen wir, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt, so wie es auch Deutschland gelungen ist.

Oberstes Gebot bleibt für uns eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Ausgleich des Haushalts. In der kommenden Wahlperiode wollen wir erstmals Schulden zurückzahlen. Auf längst beschlossene Schwerpunkte wie die Verbesserung der Mütterrente oder die dringend nötigen Infrastrukturinvestitionen müssen wir dabei nicht verzichten, im Gegenteil.

Schon in der ausgehenden Wahlperiode konnten wir mit der Finanzierung des Kita-Ausbaus, der deutlichen Anhebung des Kindergeldes, der Stärkung der Kommunen und mit immer neuen Rekordsummen für Bildung und Forschung deutlich mehr leisten, als absehbar war. Wir haben bewiesen, dass man Schwerpunkte setzen kann ohne Steuern zu erhöhen. Wir erarbeiten uns die Spielräume.

Die rot-grünen Umverteilungspolitiker setzen dagegen völlig phantasielos auf Steuererhöhungen und wollen davon weder mittelständische Unternehmen und noch nicht einmal Familien ausnehmen. Unser Politikansatz ist ein anderer.

Wir begleiten den Modernisierungsprozess in Deutschland schon so lange und so erfolgreich, weil wir den Menschen etwas zutrauen und sie nicht bevormunden. Bei uns zählt die Mitte, bei Rot-Grün soll sie zahlen. Es macht eben doch einen Unterschied, wer unser Land regiert.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Diskussionen, die wir mit den Menschen überall im Land führen werden. Am 22. September fällt die Richtungsentscheidung für Deutschland.

Berufsbildungsbericht 2012 – Grund für Zuversicht.

Der aktuelle Berufsbildungsbericht der Bundesregierung beschreibt die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt, die für die jugendlichen Auszubildenden hervorragend ist.

Dank der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland gibt es eine Rekordzahl von offenen betrieblichen Ausbildungsplätzen in Deutschland. Sie ist doppelt so groß wie die Zahl der unversorgten Bewerber. Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosen-Quote in Europa. Die hohe Qualifikation der Auszubildenden und die enge Anbindung ihrer Ausbildung tragen dazu erheblich bei.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, das bewährte Prinzip der dualen Ausbildung verstärkt über Initiativen deutscher Auslandsschulen zur Grundlage des Auf- und Ausbaus ähnlicher Ausbildungsgänge in europäischen Nachbarländern zu fördern.

Auch begrüßen wir die zunehmende Zahl von Jugendlichen aus unseren europäischen Nachbarstaaten, die in Deutschland eine betriebliche Ausbildung erhalten. Bisher sind es schon 5.000 – dies ist eine Zahl, die wir noch deutlich steigern wollen.

Klares Zeichen für den Verbraucherschutz – unseriöse Geschäftspraktiken einschränken.

Viele Menschen in Deutschland kennen das: unerwünschte Werbeanrufe mit fragwürdigen Angeboten, irrwitzige Abmahnungen oder aufdringliche Inkassounternehmen, die ihren Auftrag frei und scheinbar ohne Regeln ausüben.

Wir setzen diesen Auswüchsen Grenzen und verabschieden diese Woche ein wichtiges verbraucherpolitisches Maßnahmenpaket, das Unsicherheiten beseitigt und die Rechte der Verbraucher stärkt.

Die zahlreichen Neuerungen umfassen etwa Änderungen hinsichtlich der Werbeanrufe, die mit einem auf 300.000 Euro festgelegten, verschärften Bußgeld belegt werden. Auch der Einsatz von automatischen Anrufmaschinen ist nun bußgeldbewehrt. Verträge über Gewinnspielsdienste können darüber hinaus nicht mehr telefonisch abgeschlossen werden.

Die Erstattungsfähigkeit von Anwaltsgebühren im Urheberrecht wird bei Abmahnungen gegenüber Privatpersonen auf einen Regelstreitwert von 1.000 Euro begrenzt.

Das führt dazu, dass Verbrauchern nicht mehr als 155 Euro an Anwaltskosten in Rechnung gestellt werden dürfen. Zu Unrecht bzw. missbräuchlich Abgemahnte haben künftig einen Schadensersatzanspruch.

Weiterhin verschärfen wir die Vorgaben für die behördliche Aufsicht über Inkassounternehmen, deren Befugnisse wir zudem beschränken. Auch hier erhöhen wir den Bußgeldsatz für rechtswidrig handelnde Unternehmen von 5.000 auf 50.000 Euro.

Die Rechte des Schuldners gegenüber den Inkasso-Unternehmen werden gestärkt. So muss dieses offenlegen, für wen es tätig wird, worauf die Forderung beruht und wie sich die Inkassokosten berechnen.

Bildungs- und Forschungsausgaben im Jahr 2011 gestiegen

Im Jahr 2011 wurden in Deutschland nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt 245,1 Mrd. € für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben.

Das waren 4,5 % mehr als im Jahr 2010. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch das Zukunftsinvestitionsgesetz, den Kinderbetreuungsausbau, den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und andere Sonderprogramme.

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2011 wurden 9,5 % für Bildung, Forschung und Wissenschaft verwendet, im Jahr zuvor waren es 9,4 %. Der mit 137 Mrd. € größte Anteil der Ausgaben entfiel auf die Erstausbildung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen, sowie auf die duale Ausbildung.

Private Haushalte wandten 20,1 Mrd. € für Bildung auf, während 20,9 Mrd. € in die Bereiche Weiterbildung, Jugendarbeit, Krippen und Horte flossen. Für Forschung und Entwicklung wurden von Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen 62,1 Mrd. € aufgewendet.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)